# Neuwittenbeker Dorf-Geflüster

7. Jhg. Bürgerzeitung für das Gemeindegebiet Nr. 3
Unsere 36 te Ausgabe

## Wohin am Wochenende?

Noch zwei Wochen - dann ist es soweit. Neuwittenbeks Gemeindevertretung wird neu gewählt. Den 18. März sollten Sie sich demgemäß in Ihrem Terminkalender vormerken.

Sicherlich ist die Qual der Wahl diesmal größer. Vier Listen stellen sich dem Wählervotom. Neben den bislang im Gemeinderat vertretenen Fraktionen (SPD, CDU, WdGN) auch ein "Mitbringsel" aus Felm, die Altwittenbeker WG.

Erste Informationen liegen Ihnen zur Wahl vor. Alle vier Listen haben Ihre Kandidaten bekanntgegeben. Erste Wahlaussagen wurden ebenfalls präsentiert. Vorreiter bei sowohl der Veröffentlichung der Kandidatenliste wie auch des Wahlprogramms war Neuwittenbeks SPD. Es scheint bei der SPD offensichtlich am wenigsten Probleme in dieser Sache gegeben zu haben.

Am längsten wird wohl Neuwittenbeks CDU ihren Wahlkampf führen. Noch drei Tage vor der Wahl führt sie eine "Großveranstaltung" in Neuwittenbeks Linde durch.

Wir werden sehen, was uns noch alles vor der Wahl angeboten wird!

*Wählen Sie mit Ihren sechs Stimmen unsere Mannschaft im Block!*

**SPD**
Neuwittenbek

# DANKE

Von Gisela Matte

Vielleicht vermißt der eine oder andere Mitbürger meinen Namen auf der Kandidatenliste. Nun, das hat einen einfachen Grund: ich kandidiere diesmal nicht!

Es ist nicht Verärgerung oder Verdruß an der Gemeindearbeit. Nein, ich brauche einfach eine Denkpause.

Nach 10 Jahren Arbeit im Sozialausschuß und im Schulausschuß, 4 Jahren im Sportausschuß und 6 Jahren im Gemeinderat ist es gut, sich die sachlichen und unsachlichen Diskussionen mal wieder als Zuschauer anzusehen, um nicht "betriebsblind" zu werden oder gar gleichgültig.

Ich habe die mir übertragenen Aufgaben gerne verrichtet und zu Anfang sicher auch mit mehr Elan. Obwohl ich mich noch nicht verschlissen fühle, hat sich eine gewisse Müdigkeit eingestellt. Und deshalb die Pause, die ich mir selbst auferlege.

Ich bitte meine Wähler, meiner Partei die Treue zu halten. In der SPD werde ich weiter mitarbeiten.

Außerdem danke ich Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir bei den Wahlen und in vielen privaten Gesprächen entgegengebracht haben.

Sie haben 6 Stimmen

Geben Sie Ihre sechs Stimmen

den **SPD-Kandidaten**

**SPD**
Neuwittenbek

**Kommentar**

## *Das Märchen*

Die Begründung ist fadenscheinig. Nur weil SPD und CDU keine Altwittenbeker Bürger auf aussichtsreichen Kandidatenplätzen aufstellten, sah sich die Altwittenbeker Wählergemeinschaft zum Wahlantritt veranlaßt.

Es gibt auch nur einen Warleberger, der mit Wahlchancen (hoffentlich) plaziert ist. Bürger aus Eckholz oder Landwehr kandidieren für keine Partei direkt. Gleichwohl wird weder eine Warleberger, noch eine Eckholzer oder gar eine Landwehrer Wählergemeinschaft antreten.

Die Vorstellungen der Altwittenbeker WG sind schlichtweg falsch verstandenes Proporzdenken. Es zeugt auch von irrigem Demokratieverständnis.

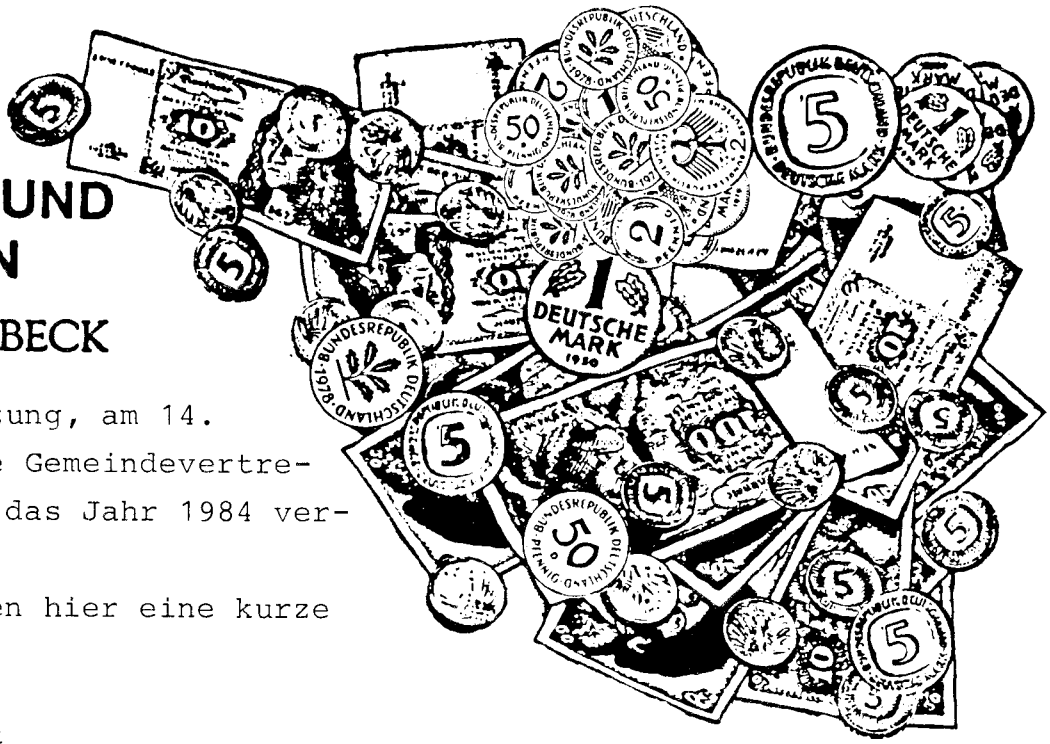
Bislang fühlte sich kein Gemeindevertreter einem Ortsteil (oder gar der Straße, in der er wohnt) besonders verpflichtet. Jeder Gemeindevertreter war und ist Repräsentant aller Bürger. Diese Einstellung werden wir uns auch nicht durch separatistische Vorstellungen der Altwittenbeker WG zerstören lassen.

Bernd Brandenburg
Warleberg

die Wochenzeitung für Schleswig-Holstein

**Kieler Rundschau**

Wiederum erläutert Bürgermeister Habeck den gemeindlichen Haushalt




# EINNAHMEN UND AUSGABEN

## von Jochen HABECK

Auf ihrer letzten Sitzung, am 14. Dezember 1983, hat die Gemeindevertretung den Haushalt für das Jahr 1984 verabschiedet.
Für alle Interessierten hier eine kurze Erläuterung:

1. Verwaltungshaushalt
(hier werden alle Einnahmen und Ausgaben für die Unterhaltung der gemeindeeigenen Gebäude, Grundstücke, Straßen und sonstigen Einrichtungen erfaßt)

a) Einnahmen

| | |
|---|---|
| Grundsteuer A | 25.000 DM |
| Grundsteuer B | 62.000 DM |
| Gewerbesteuer | 47.000 DM |
| Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommenssteuer | 460.000 DM |
| Hundesteuer | 3.200 DM |
| Schlüsselzuweisungen | 100.800 DM |
| Zinsen aus Geldanlagen | 15.000 DM |
| Summe | 713.000 DM |

b) Ausgaben

| | |
|---|---|
| Kreisumlage | 149.000 DM |
| Amtsumlage | 107.600 DM |
| Gewerbesteuerumlage | 9.000 DM |
| Zuweisung an die Gemeinde Felm | 98.500 DM |
| Allgemeine Verwaltung (Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Versicherungen, Mitgliedsbeiträge, Wahlen, Post- und Fernmeldegebühren, usw.) | 22.800 DM |
| Unterhaltung der Schule, Lehr- und Lernmittel | 53.200 DM |
| Schulverbandsumlage für Schulverband Gettorf | 30.000 DM |
| Kindergartenunterschuß | 37.700 DM |
| Brandschutz (Freiwillige Feuerwehr) | 12.700 DM |
| Kostenanteil für die Gemeindeschwesternstation des Diakonievereins Gettorf | 7.300 DM |

| | | |
|---|---|---|
| Unterhaltung der Mehrzweckhalle und anderer Sportanlagen | | 53.000 DM |
| Denkmalpflege, Verschönerung des Ortsbildes, Fahrbücherei, Seniorenbetreuung, Zuschüsse an Vereine und Verbände | | 9.900 DM |
| Unterhaltung der Straßen und Wirtschaftswege, Straßenbeleuchtung, Abwasserbeseitigung | | 38.900 DM |
| Planungs- und Vermessungskosten für den Flächennutzungsplan | | 10.000 DM |
| Deckungsreserve für unvorhersehbare Ausgaben | | 10.000 DM |
| Zinsen für Darlehen | | 4.600 DM |
| Zuführung an den Vermögenshaushalt | | 78.300 DM |
| | Summe | 713.000 DM |

2. Vermögenshaushalt

(hier werden die Investitionen, Baumaßnahmen und größere Anschaffungen verplant)

a) Einnahmen

| | | |
|---|---|---|
| Zuführung vom Vermögenshaushalt | | 78.300 DM |
| Entnahme aus der Rücklage | | 17.200 DM |
| | Summe | 95.500 DM |

b) Ausgaben

| | | |
|---|---|---|
| Neugestaltung des ehemaligen Feuerlöschteiches am Bölskamp | | 10.000 DM |
| Einbau neuer Fenster und Anschaffung von Geräten für die Schule | | 35.000 DM |
| Aufstellung des Jugendfreizeitheimes | | 20.000 DM |
| Deckenerneuerung im Bölskamp | | 22.000 DM |
| Zuweisung an die Kirchengemeinde für Umbaumaßnahmen an der Leichenhalle Schinkel | | 2.000 DM |
| Tilgung von Krediten | | 6.500 DM |
| | Summe | 95.500 DM |

3. Anmerkung

Bei der Aufstellung des Haushaltes sind folgende - bereits beschlossene - Maßnahmen noch nicht berücksichtigt worden, weil vor allem genaue Zahlen noch nicht vorlagen:

a) Maßnahmen im Rahmen der Modellgemeinde Landschaftspflege

b) Bau eines Rad-/Gehweges an der L 46 von Neuwittenbek bis Warleberg

c) Anlegung eines Wanderweges zum Nord-Ostsee-Kanal.

Diese Maßnahmen müssen zu gegebener Zeit in einem Nachtragshaushalt

ndg Impressum

Neuwittenbeker Dorf-Geflüster

Jahrgang 7 Ausgabe 3/84

Herausgeber: SPD-Ortsverein Neuwittenbek
verantwortlicher Chefredakteur:
Volker Weber
Bölskamp
2303 Neuwittenbek
Druck: Eigendruck
Auflage: 400

Artikel, die mit Namen oder Signum des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion dar. Diese behält sich weiterhin vor, Artikel sinngemäß zu kürzen. Anonym eingesandte Artikel können nicht abgedruckt werden.

verplant und aus den Rücklagen finanziert werden.

4. Rücklagen

Die Rücklagen der Gemeinde betragen zur Zeit ca. 280.000 DM.

5. Schulden

Am 31.12. 1983 war die Gemeinde schuldenfrei. Im Zusammenhang mit der Umgemeindung von Altwittenbek, Levensau und Fahrenhorst hat sie von der Gemeinde Felm ein Darlehen für den Bau von Entwässerungsleitungen im Ortsteil Altwittenbek mit einer Restschuld von 103.770 DM übernommen.

6. Freie Finanzspitze

Mit dem Begriff 'Freie Finanzspitze' bezeichnet man den Betrag der Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt abzüglich der Zins- und Tilgungsleistungen für aufgenommene Darlehen. In 1984 beträgt die freie Finanzspitze für Neuwittenbek folglich 67.200 DM. In Prozenten ausgedrückt ist sie das Verhältnis dieses Betrages zum Gesamtsteueraufkommen, also 67.200 DM zu 698.000 DM gleich 9,63%.

# ÖPNV

**Öffentlicher Personennahverkehr**

Noch können wir mit der Bundesbahn von Neuwitenbek nach Kiel ( 10 mal ) und nach Eckernförde ( 7 mal ) fahren. Zusätzlich besteht überwiegend morgens die Möglichkeit mit der Autokraft nach Kiel zu gelangen.

Wie lange wird dies noch so bleiben ???
Denn auch unserer Bahnhof ist von der Stillegung bedroht.

Wir müssen daher langfristig auf eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs drängen.
Wie kann der öffentliche Nahverkehr in unserem Bereich verbessert und gesichert werden?

Die Fortführung der Buslinie der KVAG von Suchsdorf nach Neuwittenbek und vielleicht bis Landwehr wäre die beste Lösung für die Gemeinde. Jedoch scheitert dies an der KVAG, die eine Buslinie nicht über den Stadtbereich Kiel betreibt, zumal hier andere Verkehrunternehmer einen Personenverkehr, wenn auch nicht zufriedenstellend wie die Autokraft, durchführen.
Das Kompetenzgerangel ist uns allen noch allzudeutlich in Erinnerung, als wir die Schülerbeförderung nach Kronshagen nur mit politischem Druck aller Parteien sicherstellen konnten.

Im Bereich anderer Großstädte, wie z.B. in Hamburg,Frankfurt oder München, ist der Verkehrsverbund zwischen den verschiendenen Verkehrsunternehmen schon verwirklicht und ist nicht mehr wegzudenken.
Nur im Nahbereich Kiel ist dies anscheinend nicht durchzusetzen, da die einzelnen Unternehmen nur von den einzelnen Verkehrträgern ( Bahn, Bus, Auto usw.) und nicht von dem bestehenden Verkehrsbdürfnis ausgehen.
Dem öffentlichen Nahverkehr gebührt daher der Vorrang.
Ein Verkehrsverbund aller beteiligten Verkehrunternehmen kann diesen Forderungen gerecht werden, wobei dann auch bestehende Verkehrsverbin-

dungen über Gemeinde- und Stadtgrenzen - wie von Suchsdorf nach Neuwittenbek - fortgeführt werden können.
Nur eine solche Lösung führt zur Erhaltung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehr.
Als einzelne Gemeinde sind wir zu schwach, um unserer Forderungen bei den Verkehrsunternehmern durchsetzen zu können.

Der Verband Kieler Umland spricht sich seit langem für die Schaffung eines Verkehrsverbundes mit den Umlandgemeinden aus. Leider ist die Gemeinde Neuwittenbek nicht mehr Mitglied in diesem Verband, da der Kreis Rendsburg-Eckernförde keine Mittel mehr bereitstellt.
Aber nur in Zusammenarbeit mit allen Kieler Umlandgemeinden in diesem Verband und mit Unterstützung der Parteien kann dieses Ziel erreicht werden.

Wir werden uns für die Erhaltung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs einsetzen.
Die Gemeinde Neuwittenbek muß wieder Mitglied im Verband Kieler Umland werden.

(Weidemann)

# Vorgestellt

**Die Direktkandidaten der Neuwittenbeker Sozialdemokraten bei der Gemeinderatswahl stellen sich selbst vor.**
Zunächst der Spitzenkandidat, der jetzige Bürgermeister:

## Jochen Habeck

Geboren 1934 in Gollnow/Pommern. Vertreibung und Flucht führten 1945 nach Neuwittenbek. Abitur 1955, Ausbildung für die Inspektorenlaufbahn bei der Deutschen Bundespost, zurzeit Amtmann beim Fernmeldeamt Kiel.
Verheiratet, drei Töchter.

SPD-Spitzen: Fraktionssprecher Klaus Stein und Bürgermeister Habeck

1970 Eintritt in die SPD aus Überzeugung und um den Ortsverein in der Kommunalpolitik zu unterstützen. 1974 Wahl in die Gemeindevertretung, Mitglied im Finanz- und im Sportausschuß. Seit 1978 Bürgermeister.
Mein besonderes Anliegen in der Gemeindepolitik ist es, die Interessen a l l e r Einwohner, der Alteingesessenen wie der Neubürger zu vereinigen, Gegensätze zu überbrücken, um so einen gemeinsamen Nenner zu finden.

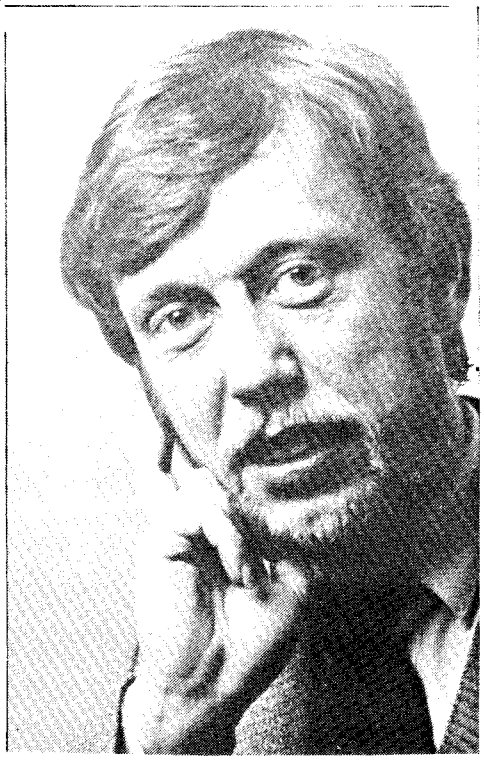
**Direktkandidat Nr. 2 hat die längste kommunalpolitische Erfahrung, der Fraktionssprecher:**

## Klaus Stein

1937 in Kiel geboren. Seit 1945 in Neuwittenbek wohnhaft. 1954 Volksschulabschluß, nachfolgend Ausbildung zum Blechschlosser bei der MAK, Facharbeiterbrief, Arbeitnehmertätigkeit in der Ausbildungsfirma, 1958 - 1961 Zeitsoldat bei der Bundeswehr (Marine), 1961 - 1965 wiederum MAK, Vorarbeiter. 1965 Eintritt in den Dienst der Landespolizei.
Verheiratet seit 1961, ein Sohn, zwei Töchter.
1970 Eintritt in die SPD; Überzeugung und Wunsch, den hiesigen Ortsverein zu unterstützen.
Ebenfalls seit 1970 Gemeindevertreter, Hauptinteressen für Bau- und Wegeausschuß sowie soziale und sportliche Belange.
Weitere Ämter: seit 1978 Vertreter der Gemeinde im Wasserbeschaffungsverband Osdorf, seit 1982 im Vorstand des WBV; seit 1972 als Nachfolger von Jochen Habeck Vorsitzender des TSV Neuwittenbek; seit 1978 SPD-Fraktionssprecher.

**Direktkandidat Nr. 3 ist bislang der jüngste Gemeindevertreter:**

## Bernd Brandenburg



Geboren 1951 in Braunschweig. 1960 nach Kiel verzogen, dort Schulbesuch bis zum Abitur. Bundeswehrzeit in Eutin, Reserveoffizier (heute Hptm. d. Res.). Studium der Rechtswissenschaften (zeitweise auch Volkswirtschaft) in Kiel. I. Staatsexamen, Referendariat in Schleswig-Holstein, II. Staatsexamen. Seit Mitte 1983 als Rechtsanwalt selbständig (in Sozietät mit zwei Kolleginnen). Verheiratet, eine Tochter.
Seit 15 Jahren Mitglied der SPD (eingetreten noch zuzeiten der "Großen Koalition"). Dieser Partei bin ich traditionell verpflichtet. Eine Alternative zur SPD gab und gibt es für mich nicht.
Im August 1977 in Neuwittenbek - ortsteil Warleberg - zugezogen, März 1978 erstmalig für den

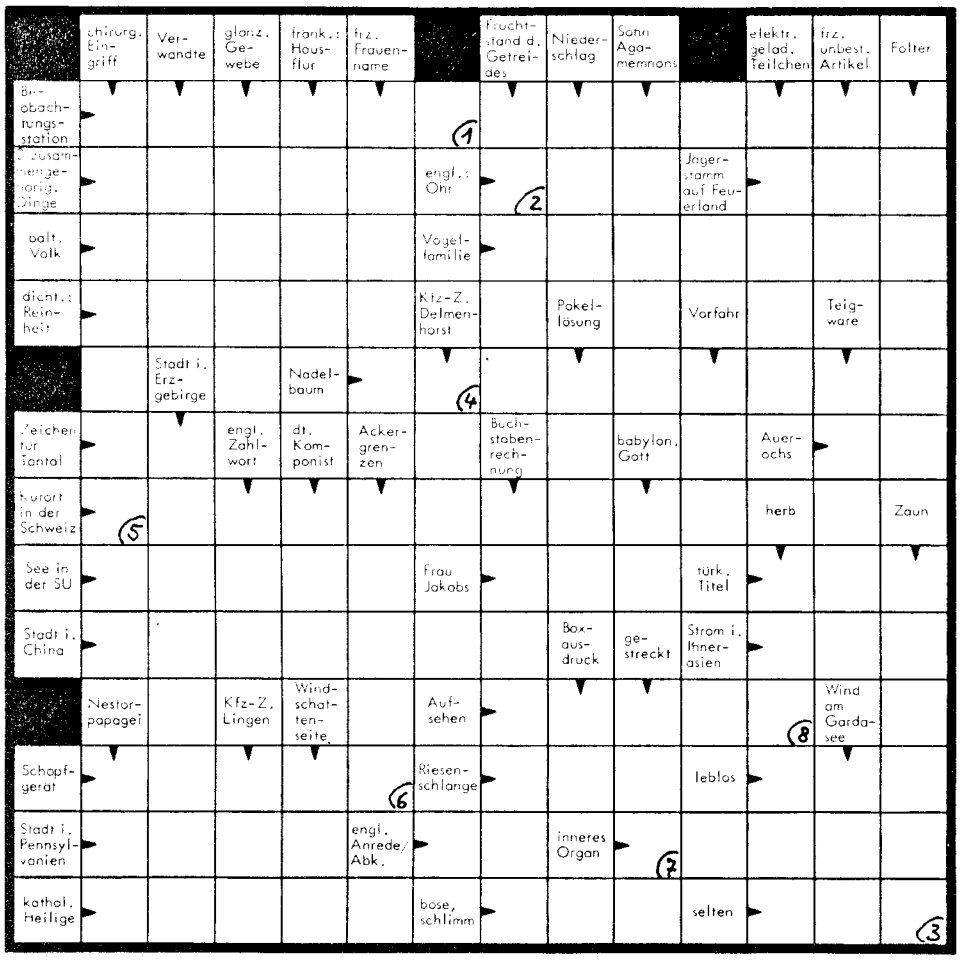
Gemeinderat kandidiert und 1979 (für Rolf Weigel) in die Vertretung nachgerückt, seither Gemeindevertreter. Bislang tätig gewesen im Finanz-, Sport- und Schulausschuß.

---

# SPD WÄHLEN HEISST:

- **Wir haben klare Vorstellungen und Ziele**
- **Wir haben ein langfristiges Programm**
- **Wir machen klare Aussagen**
- **Wir machen keine Versprechungen - sondern wir verwirklichen unser Programm!**

Sie sehen, wir sind langfristig glaubwürdig und solide in unseren Aussagen, aber auch bei neuen Erkenntnissen aufgeschlossen für Änderungen und Ergänzungen.
Zur Umsetzung bitten wir um Ihr Vertrauen —
geben Sie Ihre 6 Stimmen geschlossen den Kandidaten der SPD!



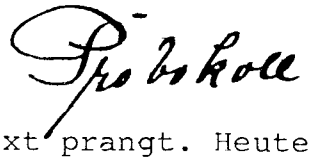

Liebe Rätselfreunde!

Es geht weiter. Diesmal ist es etwas schwerer. In der zweiten Folge unseres Preisrätsels suchen wir ein Wort mit acht Buchstaben. Es ergibt sich aus dem nebenstehenden Kreuzworträtsel (entsprechend den nummerierten Buchstabenfeldern).
Mit dem bereits gefundenen Wort und dem im nächsten Rätsel zu eratenden Wort ergibt es zusammen einen Satz: die Lösung.
Letzter Abgabetermin ist der 18. März 1984.

**Aus unserer Geschichte ...**

# ALTE RATS-PROTOKOLLE

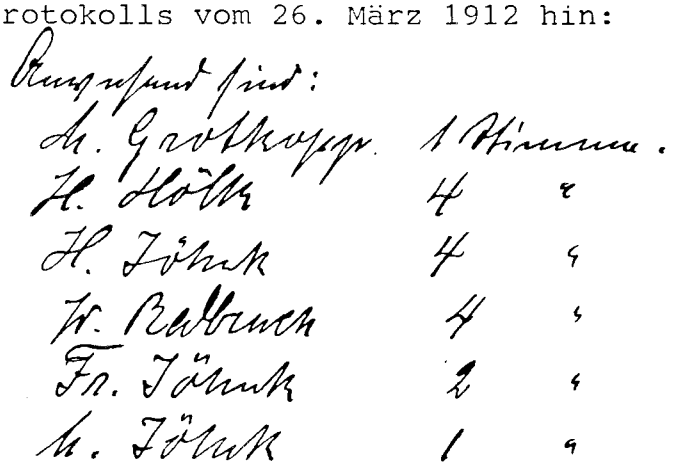
Bereits äußerlich sehen diese alten Sitzungsniederschriften "schöner" aus. Das beginnt damit, daß in schwungvollen Buchstaben das Wort



über dem Text prangt. Heute steht nur noch - maschinegeschrieben - die Formulierung "Niederschrift". Es ist eben alles nüchterner geworden.

Noch etwas fällt auf (bis ins Jahr 1919 hinein). Einerseits die Vielzahl der Versammlungsteilnehmer (, die im Protokoll auf-geführt sind) und zum anderen, daß hinter der jeweiligen Namensangabe eine Stimmenanzahl angegeben ist.

Zur Verdeutlichung weisen wir auf den nachfolgenden Auszug des Verhandlungsprotokolls vom 26. März 1912 hin:



Eine unterschiedliche Gewichtung bei den Stimmen - das erinnert uns an das Drei-Klassen-Wahlrecht. Dieses ist es zwar hier nicht; letztlich ist es aber eine Ausformung dessen.

Geregelt wurde es damals durch die "Landgemeindeordnung für die Provinz Schleswig-Holstein vom 4. Juli 1892". In deren § 48 heißt es u.a.: "Der Regel nach steht jedem einzelnen Stimmberechtigten eine Stimme in der Gemeindeversammlung ... zu".

Von dieser Regel gibt es die Ausnahme. Ob jemand mehr als eine Stimme hat bestimmt sich nach der von ihm entrichteten Grund- und Gebäudesteuer. Im einzelnen hieß es im Gesetzestext dazu:

> Denjenigen Besitzern, welche von ihrem im Gemeindebezirke belegenen Grundeigenthume einen Jahresbetrag von 20 bis ausschließlich 50 ℳ an Grund- und Gebäudesteuer entrichten, sind je 2, denjenigen Besitzern, welche von diesem ihrem Grundeigenthume einen Jahresbetrag von 50 bis ausschließlich 100 ℳ entrichten, je 3, und denjenigen Besitzern, welche 100 ℳ oder mehr entrichten, je 4 Stimmen beizulegen.

- wird fortgesetzt -

# Gebührensatzung für Gemeindewehr ist wichtig

Vor etwa einem halben Jahr hat sich die Gemeindevertretung mit dem evtl. Erlaß einer "Gebührensatzung für Leistungen der freiwilligen Feuerwehr Neuwittenbek" befaßt. Die Kameraden der Wehr waren gegen eine solche Satzung u.a. weil eine Gebührenerhebung der Ehrenamtlichkeit der Wehrkameraden widerspräche. Auch die Amtsverwaltung war der Auffassung, daß eine solche Satzung entbehrlich sei; Auslagen könnten in jedem Falle wieder von dem Verursacher "hereingeholt" werden.

All' dem mochte die Vertretung sich nicht entgegensetzen. Die Satzung wurde nicht verabschiedet.

Nach dem damaligen Satzungsentwurf sollte aber auch nicht jegliche Leistung mit Gebühren belegt werden. Gebührenpflichtig sollten insbesondere Einsätze außerhalb des Gemeindegebietes sein, wie auch Einsätze zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (z.B. Einsammeln von verlorenen Zuckerrüben auf der Hochbrückenrampe). Eine Gebührenpflichtigkeit der "ureigensten Aufgabe" der Wehr, der Brandbekämpfung innerhalb des Gemeindegebietes, muß nicht vorgesehen werden.

Anders stehen zu diesem Problem seit jüngster Zeit einige Gemeinden und Wehren "auf der anderen Seite Kiels" (Amtsbereich Probstei). Die Vertretungen (u.a. der Gemeinden Krummbek, Fiefbergen, Lutterbek, Fahren) beschlossen Gebührensatzungen für Leistungen ihrer Wehren (auf Anregung des Amtswehrführers).

*Wählen Sie mit Ihren sechs Stimmen*
*unsere Mannschaft im Block!*

**SPD**
Neuwittenbek

Dies geschah vor folgendem Hintergrund. Vielleicht erinnern sich noch einige Mitbürger an die Schiffshavarie vor einigen Monaten auf der Kieler Außenförde. Eine Ölkatastrophe wurde befürchtet. Zahlreiche Wehren beseitigten unter großen persönlichen Einsatz die Gefahr. Die Gemeinden versuchten daraufhin die bei ihnen entstandenen Kosten vom Schadensverursacher zu erlangen. Einige Gemeinden erhielten ihr Geld, andere nicht. Denn die Versicherung des Havaristen stellte sich auf den Standpunkt, daß sie nur dann zum Regreß gegenüber den Gemeinden verpflichtet sei, wenn auch eine Gebührensatzung vorhanden sei.

Nun gut. Gleiches muß nicht sobald auch bei uns geschehen. Ähnliche Einsätze unserer Wehr am Nord-Ostsee-Kanal sind aber nicht außerhalb jeglicher Wahrscheinlichkeit.

Es wäre durchaus vertretbar, aus den Fehlern anderer zu lernen. **Brandenburg**

Die CDU-Landesregierung kürzt Kommunalen Finanzausgleich:

# Der Griff in fremde Taschen

Das Rennen um den kommunalen Finanzausgleich ist wohl gelaufen. Ebenso wie die Bundesregierung ihre Finanzen auf Kosten des „kleinen Mannes" saniert, verfährt auch die Landesregierung in Schleswig-Holstein. Ungeniert greift sie in die Taschen der Kommunen und kürzt den kommunalen Finanzausgleich 1984 um mindestens 160 Millionen DM. Ein weiterer Eingriff für 1985 in der Größenordnung von rund 60 Millionen DM steht bevor, wenn auch in der subtileren Form außerhalb des Finanzausgleichs, aber ebenfalls zu Lasten der Kommunen des Landes.

Hatten sofort nach Bekanntwerden der Absichten der Landesregierung die kommunalen Spitzenverbände und viele Kommunalpolitiker aller Parteien Stellung gegen die Kürzungspläne genommen, bröckelte die Front bald ab, nachdem CDU Parteispitze, Landesregierung und Fraktion begannen, die Parteidisziplin zu zimmern. Erstaunlich, wie schnell „höhere Einsichten" den Widerstand zu brechen vermochten.

Zu den von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen, die die Städte und Gemeinden entlasten sollen, gehört die Wiedereinführung der Elternbeteiligung an den Lernmittelkosten. Formal wird das so geregelt, daß die bisherigen Mindestsätze, die die Gemeinden in ihren Haushalten für Lernmittel bereitzustellen hatten, in Richtsätze umbenannt und um 50 % gekürzt werden. Ab Schuljahr 1984/85 sollen nunmehr die Eltern einen Teil der Schulbücher selbst kaufen. Die SGK hält einen solchen Rückschritt in vergangen geglaubte Zeiten für unmöglich und fordert alle sozialdemokratischen Kommunalpolitiker auf, auch weiterhin die erforderlichen Mittel bereitzustellen, die eine Elternbeteiligung überflüssig machen. Dabei treten wir durchaus für einen sparsamen Umgang mit den zur Verfügung gestellten Mitteln (Geld und Büchern) ein und wissen sehr wohl, daß hier Einsparungsmöglichkeiten seitens der Schulen vorhanden sind, die angesichts angespannter kommunaler Haushalte konsequent und verantwortungsbewußt genutzt werden müssen.

*WIR*/RoS

## Lernmittelfreiheit aufgehoben

Im kommenden Schuljahr müssen die Eltern bis zur Hälfte der Schulbuchkosten selbst zahlen. Die „Mindestsätze" der kommunalen Schulträger betragen ab Januar 1984 nur die Hälfte der bisherigen Lernmittel-Regelsätze.

Dies bedeutet nach Aufhebung des Schüler-Bafög eine weitere Verschlechterung der Bildungschancen. Das hat zur Folge, daß immer mehr Familien gezwungen sind, ihre Kinder in kürzere und weniger qualifizierende Bildungs- und Ausbildungswege zu schicken. **Nach dem Willen der Landesregierung entscheidet die finanzielle Situation der Familie über die Zukunftschancen der Kinder und nicht das Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit.**

*WIR*/SaS

**Feuerwehr 112 Notruf 110**

**Polizei 422**

Station Gettorf

Gehen Sie sicher! Für eine Fortsetzung der sachbezogenen Politik mit Bürgermeister Jochen Habeck: alle sechs Stimmen für die SPD

| | | | |
|---|---|---|---|
| 2 | **SPD** | Jochen Habeck | ⊗ |
| | | Klaus Stein | ⊗ |
| | | Bernd Brandenburg | ⊗ |
| | | Jürgen Meier | ⊗ |
| | | Hans-Dieter Weidemann | ⊗ |
| | | Dr. Hannelore Pechmann | ⊗ |

Sie haben 6 Stimmen

Geben Sie Ihre Stimmen den **SPD-Kandidaten**

## SPD-Kreistagsfraktion:

# Entschiedenen Widerstand gegen Einschränkung der Lernmittelfreiheit

### In jedem Jahr neue Kosten für die Eltern

**Rendsburg. Den entschiedenen Widerstand der SPD-Kreistagsfraktion gegen die geplante Einschränkung der Lernmittelfreiheit kündigte Ute Erdsiek, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und schulpolitische Sprecherin der Fraktion, an. Nachdem der Kultusminister die Pläne zur Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten zunächst zurückgenommen habe, plane die Landesregierung nunmehr, die Lernmittelfreiheit in Etappen abzuschaffen. Den Eltern sollen jetzt die Lasten vor allem für den Kauf von Schulbüchern zur Hälfte aufgebürdet werden.**

Die Folge werde sein, daß viele einkommensschwache Familien die notwendigen Lernmittel nicht kaufen könnten, Familien mit mehreren Kindern über Gebühr belastet würden. Dies verstoße gegen die Chancengleichheit und werde langfristig wieder mehr Familien dazu zwingen, ihre Kinder in kürzere und weniger qualifizierte Ausbildungswege zu schicken. Auf die Eltern kämen in jedem Jahr neue Kosten zu, während nach der bisherigen Praxis Schulbücher nur alle vier Jahre erneuert werden mußten. Den Schulen werde zudem die unerträgliche Aufgabe zugemutet, dieses Geld von den Eltern „einzutreiben" und womöglich auch noch Anträge auf Bedürftigkeit überprüfen zu müssen.

Den Kommunen werde diese Neuregelung als Angebot zur Sanierung ihrer Haushalte verkauft, nachdem die Landesregierung ihren Haushalt auf Kosten der Städte und Gemeinden in einer Gesamthöhe von über 200 Millionen Mark bereits saniert habe.

Gleichzeitig werde der „Schwarze Peter" wieder einmal den Gemeinden zugeschoben, denn es solle in Zukunft nur noch „Richtsätze" pro Schüler und Jahr geben, keine festgelegten Mindestsätze mehr. Dies bedeute, daß Gemeinden auf den Druck leerer Kassen hin die ohnehin zur Hälfte gekürzten Sätze unterschreiten können.

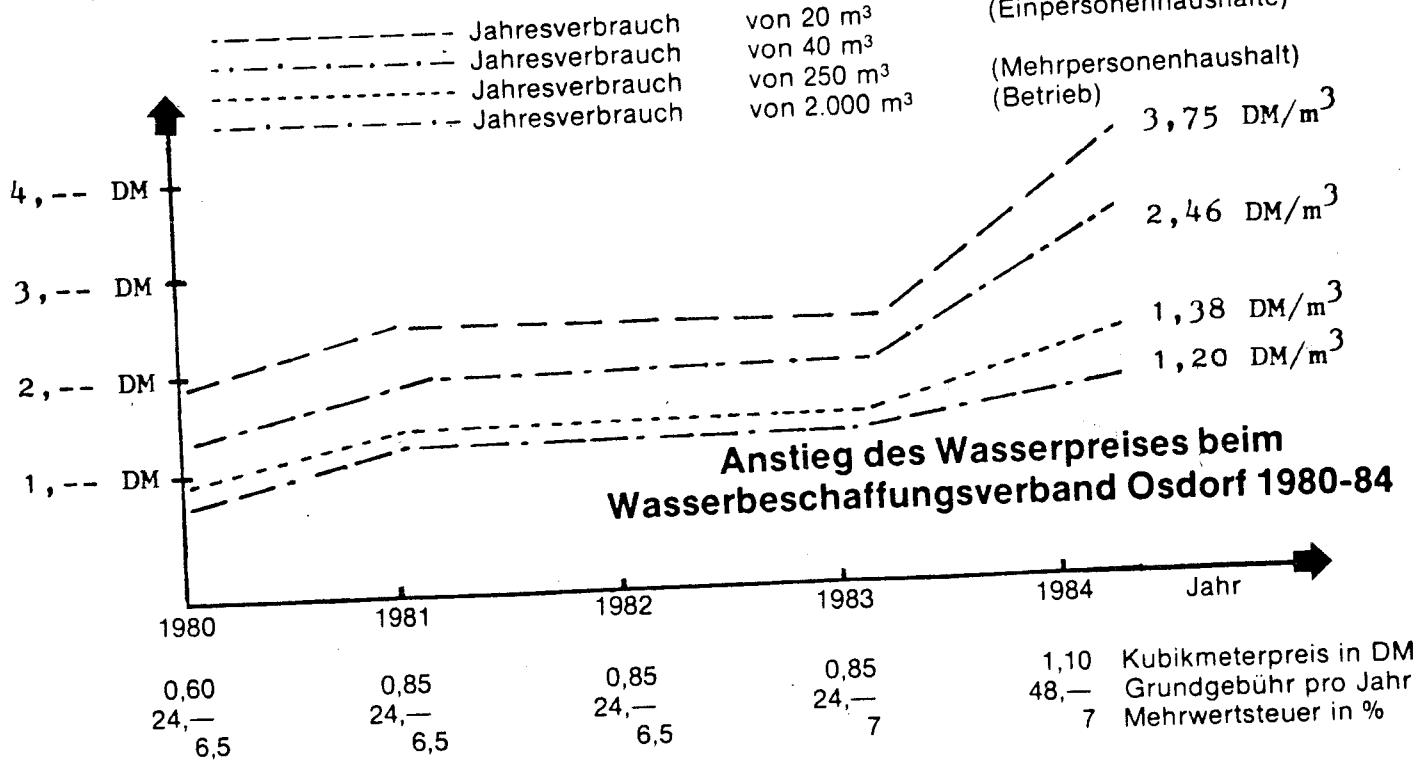
Die SPD-Kreistagsfraktion appellierte an alle Gemeindevertretungen, von ihren Rechten Gebrauch zu machen, diese Richtsätze nach oben zu überschreiten und an den bisherigen Sätzen festzuhalten, damit die Eltern nicht beteiligt werden müßten. Das Nein der SPD-Kreistagsfraktion zur Elternbeteiligung stehe jedoch nicht im Widerspruch zu Sparbemühungen im Schulbereich. Auch an den Schulen müssen wegen der schlechten kommunalen Haushaltslage alle Anstrengungen darauf gerichtet sein, zu sparen - allerdings nicht auf Kosten des Ausbildungsniveaus und nicht auf Kosten von Schülern und Eltern.

## Der Wasserpreis steigt und steigt

Besonders hart betroffen: Kleinverbraucher (Einpersonenhaushalte)

Mit Wirkung zum 1.10.1983 hat der Wasserbeschaffungsverband Osdorf den Preis für 1m³ Frischwasser von 0,85 DM auf 1,10 DM erhöht. Besonders drastisch ausgefallen ist die Erhöhung der Grundgebühr von 24,— DM auf 48,— DM im Jahr. Die Erhöhung der Grundgebühr betrifft besonders hart die Haushalte, die nur wenig Wasser verbrauchen. Das sind sehr oft Rentner!

In unserer Grafik haben wir die Preiserhöhungen der vergangenen Jahre für unterschiedliche Verbraucher dargestellt. Diese Beispiele zeigen, wie insbesondere die Kleinverbraucher von der Erhöhung betroffen sind.




**Anstieg des Wasserpreises beim Wasserbeschaffungsverband Osdorf 1980-84**